Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

zwischen

dem Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Korschenbroich

über die Kooperation bei der örtlichen Rechnungsprüfung

Der Rhein-Kreis Neuss vertreten durch den Landrat (im folgenden Kreis) und die Stadt Korschenbroich vertreten durch den Bürgermeister (im folgenden Stadt) schließen gemäß § 102 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 30.04.2002 (GV NW 2002, S. 160) in der zurzeit geltenden Fassung folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1

Vertragsgegenstand

- (1) Die Rechnungsprüfung des Kreises übernimmt beginnend mit dem 01.01.2012 anstelle des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung nach § 103 GO NRW und stellt deren ordnungsgemäße Erledigung sicher.
- (2) Für die Durchführung dieser Aufgaben ist die Rechnungsprüfung des Kreises unmittelbar dem Rat der Stadt unterstellt und unmittelbar verantwortlich (§ 104 Abs. 1 GO NRW).
- (3) Der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Korschenbroich bedient sich der Rechnungsprüfung des Kreises bei der Erfüllung seiner Aufgaben.

§ 2

Verfahren

- (1) Der Leiter der Rechnungsprüfung des Kreises entscheidet, welche Dienstkräfte zur Erfüllung der Verpflichtung nach § 1 Abs. 1 eingesetzt werden.
- (2) Die Prüfer und Prüferinnen der Rechnungsprüfung nehmen die Aufgaben nach § 1 Abs. 1 als Bestandteil ihres Hauptamtes wahr.
- (3) Die Prüfungen werden grundsätzlich in den Räumen der Kreisverwaltung durchgeführt. Soweit erforderlich, werden für die Wahrnehmung von Prüfungsaufgaben Räumlichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung bereitgestellt.
- (4) Die zu prüfenden Vorgänge und sonstigen prüfungsrelevanten Unterlagen sind den Prüferinnen und Prüfern des Kreises vollständig und prüffähig vorzulegen bzw. zuzuleiten. Darüber hinaus erhalten sie von den Bediensteten der Stadt jede für die Prüfung notwendige Auskunft und Information.

§ 3 Personal

Die Stadt ordnet für die Dauer von sechs Monaten zum 01.01.2012 zwei Prüfer mit dem Ziele der Versetzung ab. Während der Abordnung werden die Prüfer im Bereich der Rechnungsprüfung des Rhein-Kreises Neuss eingesetzt.

Der Kreis verpflichtet sich, zwei Prüfer von der Stadt Korschenbroich in seinen Dienst zu übernehmen. Wird die Vereinbarung gekündigt, verpflichtet sich die Stadt das für die Stadt Korschenbroich tätige Personal in seinen Dienst zu übernehmen.

§ 4 Kostenerstattung

- (1) Der Kreis erhält von der Stadt für die im Rahmen dieser Vereinbarung erfolgende Prüfung eine pauschale Kostenerstattung. Die Kostenerstattung umfasst 205 Tagewerke. Ein Tagewerk umfasst ein Fünftel der jeweils zum 1. Januar des Jahres zu ermittelnden durchschnittlichen Wochenarbeitszeit der Beschäftigten der Rechnungsprüfung des Rhein-Kreises Neuss. Es wird der jeweilige Gebührensatz nach § 3 Abs. 1 Gebührensatzung der Gemeindeprüfungsanstalt für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils gültigen Fassung zugrunde gelegt.
- (2) Übersteigt der Prüfungsaufwand die in Absatz 1 genannten Tagewerke um mehr als 10 %, wird der gesamte Mehraufwand mit dem Gebührensatz nach Absatz 1 Satz 4 abgerechnet
- (3) Ab dem 01.01.2016 kann die Stadt eine Abrechnung nach dem tatsächlichen Aufwand nach Tagessätzen analog der jeweils geltenden Abrechnungsmodalitäten für die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen verlangen.
- (4) Die Zahlung der Jahreswerte erfolgt in vier Teilbeträgen zum 15.02., 15.05., 15.08. sowie 15.11. eines jeden Jahres.

§ 5 Amtspflichtverletzung

Die Prüfer und Prüferinnen der Rechnungsprüfung werden bei der Durchführung der Aufgaben nach § 1 im Auftrag der Stadt tätig. Schadensersatzansprüche gegen den Kreis aufgrund eines pflicht- oder vertragswidrigen Verhaltens der Prüfer und Prüferinnen sind ausgeschlossen. Sofern der Kreis als Dienstherr von einem Dritten auf Ersatz eines Schadens in Anspruch genommen wird, weil ein Prüfer bzw. eine Prüferin bei der Durchführung der Aufgaben nach § 1 seine bzw. ihre Dienstpflicht verletzt hat, hat die Stadt den Kreis von allen Ansprüchen freizustellen.

§ 6 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen in dieser Vereinbarung enthaltenen Regelungen. Sofern die unwirksame Bestimmung nicht ersatzlos fortfallen kann, ist sie durch

eine solche zu ersetzen, die dem beabsichtigten Sinn und Zweck am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit die Vereinbarung lückenhaft sein sollte.

§ 7
Inkrafttreten/Kündigung

Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung tritt nach Genehmigung durch die Bezirksregierung am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf, jedoch frühestens am 01.01.2012 in Kraft.

Die Vereinbarung wird zunächst bis zum 31.12.2017 geschlossen. Ihre Laufzeit verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn sie nicht 24 Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Neuss/Grevenbroich, den

Korschenbroich, den

Rhein-Kreis Neuss
Der Landrat

Stadt Korschenbroich
Der Bürgermeister

In Vertretung

In Vertretung

Petrauschke
(Landrat)

Steinmetz
(Allgemeiner Vertreter)

Dick
(Bürgermeister)

Schultze
(Beigeordneter)

Entwurf 30.08.2011